



Wo steht Deutschland?

Sind wir national so stark wie international?

Woran krankt unser Land? Was erwartet uns 2009?

Wie werden die Herzen der Bürger wieder erreicht?

Von Werner Weidenfeld*

***Der gelernte Historiker, Philosoph und Politikwissenschaftler war u.a. Koordinator der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit, Vorstand der Bertelsmann-Stiftung, Kurator für europäische Politik, Mitglied im Club of Rome und ist seit 1995 Direktor für angewandte Politikforschung an der Uni München. Der humorvolle Professor gilt als einer der wichtigsten Vordenker und einflussreichsten Politikberater Deutschlands**

Die Wahrnehmung der Politik befindet sich in ständigem Wandel. Als Angela Merkel 2005 zur ersten Bundeskanzlerin Deutschlands gekürt wurde, galt sie als wenig stark und charismatisch. Edmund Stoiber brachte auf den Punkt, was viele insgeheim dachten, als er Merkel als Kanzlerin einer Großen

Koalition die Richtlinienkompetenz absprach. Inzwischen ist Stoiber – wie manch anderer Widersacher Merkels – Vergangenheit, der Koalitionspartner SPD in der Krise und die Kanzlerin erfreut sich großer Beliebtheit in der Bevölkerung. Ihre ruhige und überlegte Art kommt an. Ihre Strategie des innen-

politischen Aussitzens von Problemen und gleichzeitigem außenpolitischem Engagement ist aufgegangen.

Außenpolitisch ist Deutschland ein gewichtiger Faktor der weltpolitischen Architektur. Die großen Hoffnungen, die sich mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verbanden, wurden erfüllt. Dass der neue US-Präsident Barack Obama angekündigt hat, Amerika und Europa wieder näher aneinander binden zu wollen, verleiht der Rolle Europas und speziell Deutschlands zusätzliches Gewicht. Dass sich Deutschland außerdem wiederholt für globale Umwelt-schutzziele ausgesprochen hat, macht es international zu einem wichtigen Mitwirkenden in Fragen ökologischer Nachhaltigkeit. Gleiches gilt für Menschenrechtsfragen. Im gegenwärtigen Krisenmanagement ist Deutschland so nicht nur Zuschauer, sondern beachteter Akteur. Merkel wird außenpolitisch respektiert, ihr Wort hat Gewicht.

Die Herzen der Bürger wurden nicht gewonnen“

Innenpolitisch sieht es ähnlich aus. Merkel ist der Star der Bundesregierung – der einzige Star. Die Union kann von der Beliebtheit der Kanzlerin nicht profitieren. Während sich die Kanzlerin selbst in guten Umfragewerten sonnt, kämpft die eigene Partei mit dem mangelnden Zuspruch der Bürger für die beiden großen Volksparteien. Zu groß sind die Probleme, die das Land bewegen. Zu wenig überzeugend die Lösungen der Politik. Föderalismusreform, Gesundheitsreform, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Reform der Unternehmens- und der Erbschaftsteuer: Die Große Koalition hat viel zu tun, die Herzen der Bürger wurden noch nicht gewonnen.

Politik muss wieder bewegen. Aber: Die Parteien rangieren seit Jahren an letzter Stelle, wenn nach dem Vertrauen der Menschen in Einrichtungen des öffentlichen Lebens gefragt wird. Die Zahl der Nichtwähler steigt. Der Unmut über Politik hat längst auch schon die bürgerliche Mitte erreicht und der Elitenkonsens erodiert zusehends.

„Rattenfänger von links und rechts“

Noch sind dies nur Indizien dafür, dass in Deutschland etwas nicht stimmt. Die aber zu denken geben: Rattenfänger von Links und Rechts wittern ihre Chance und erzielen bereits Erfolge. Auch lässt die Rezession im Zeichen der Finanzkrise für die Zustimmung der Deutschen zu Demokratie und Politik nichts Gutes erwarten. Dass die Demokratiezufriedenheit der Menschen maßgeblich von der wirtschaftlichen Lage abhängt, hat Deutschland im Schlechten (Weimar) wie im Guten (Wirtschaftswunder) selbst erfahren. Noch gibt es in Deutschland keine rechts-populistische Partei wie in Österreich...

Es gibt es auch Signale der Hoffnung:

- Geringes Politikinteresse meint nicht mangelndes gesellschaftliches Engagement. Viele Menschen engagieren sich ganz selbstverständlich



Prof. Werner Weidenfeld mit seiner Frau
Prof. Gabriele Kokott-Weidenfeld

für Andere. Die Bürger mehr als bislang zu Demokratiekompetenz zu befähigen, ist zwingende Notwendigkeit in Zeiten, da der Staat in einer globalisierten Welt zunehmend an Handlungsfähigkeit verliert. Bildungspolitik ist so nicht nur eine Investition in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland, sondern auch in die Stabilität bundesdeutscher Demokratie.

- Politikferne der Bürger meint nicht, dass sie für Politik nicht mehr zu gewinnen wären. Durch die „Unsicherheitsrisiken“ der Globalisierung aber wurde diese deutsche Sicherheitsgesellschaft (auf 80 Millionen Menschen kommen 400 Millionen Versicherungsverträge!) massiv verunsichert. Das Vertrauen in die gesetzliche Rente ist gering, viele sorgen sich um ihre Ersparnisse und Existenz, erwarten Orientierung und Verlässlichkeit, Vorbilder. Hier hat die Politik versagt. So muss sich Politik wieder den großen Erklärungsthemen annehmen, Mut zur Deutungsmacht, zur Polarisierung und zum Streit haben. Und Antworten auf große Zukunftsthemen wie Globalisierung, demographischer Wandel, weltpolitische Architektur und Rohstoffversorgung finden. Gefragt sind Lösungen, die von den Bürgern wieder verstanden werden. z.B. im Renten-, Steuer- oder Gesundheitssystem.

- Die deutsche Gesellschaft zeigt deutliche Desintegrationsspuren. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit werden umso lauter erhoben, als die Menschen Ungerechtigkeiten wittern. Die Menschen wieder zusammenzuführen, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und Sozialneid abzubauen, sind zentrale Herausforderungen von Politik.

Was erwartet uns im Superwahljahr 2009?

Neben drängenden Problemen wie der Gesundheitsreform wäre die Erarbeitung mittelfristiger strategischer Ziele der Bundespolitik notwendig. Im Superwahljahr 2009 aber wird mit nur wenigen kleinen Erfolgsschritten zu rechnen sein. Union und SPD werden angesichts von acht Kommunalwahlen, fünf Landtagswahlen, Europa-, Bundespräsidenten- und Bundestagswahl darum wetteifern, wer von ihnen die sozialere Partei ist. Der Bürger wünscht Orientierung für die Zukunft, neue Politikansätze jenseits eingefahrener Bahnen. Die Pluralisierung des Parteienspektrums wie in Bayern könnte im Bund seine Fortsetzung erfahren. Noch steht Deutschland am Scheideweg. Ein „Weiter so“ wie in den vergangenen Jahren könnte aber fatale Folgen haben, ein neuer Politikansatz jedoch sehr erfolgreich sein.